

3. Akteure

BMZ

Seit der politischen Wende von 1998 kommt die Bundesregierung den Forderungen nach einer gezielteren Politik der Konfliktprävention und der Lösung bestehender Krisen vor allem in den EL offensiver nach. Die neuen friedenspolitischen Grundsätze des BMZ sehen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit dem AA und dem BMVg vor. Der Entwicklungspolitik wird dabei eine wichtigere Rolle als in der Ära unter C.-D. Spranger zugewiesen. Jetzt gelten die Politikfelder Sicherheit und Entwicklung als eng miteinander verknüpft. Auch nicht-militärische Risikofaktoren werden im Sicherheitskonzept der neuen Regierung beachtet, um zu einem umfassenderen Verständnis von Konfliktursachen und Krisenverläufen zu gelangen. Außerdem versucht die Entwicklungspolitik die politischen Dimensionen des Sicherheitsfaktors in ihr Konzept einer effizienten EZ zu integrieren, um zu vermeiden, dass durch militärisch ausgetragene Konflikte, hohe Rüstungsaufwendungen und mangelnde rechtsstaatliche Strukturen die nachhaltige Entwicklungs- und Demokratisierungsarbeit von Jahrzehnten wiedervernichtet wird.

Die Verhinderung und Beendigung gewaltsamer Konflikte wird dabei als „zentrales Ziel der Politik der Bundesregierung“ benannt.¹ Entwicklungspolitik wird in diesem Sinne also vorrangig auch als Sicherheitspolitik erkannt. „Ein solcher Sicherheitsbegriff umfasst deshalb soziale und ökonomische Sicherheit ebenso wie die Sicherheit der natürlichen Lebensgrundlagen. Sicherheit kann heute nicht mehr vorwiegend als ‚militärische‘ Sicherheit verstanden werden. Eine erweiterte Sicherheitspolitik umfasst heute auch eine als globale Strukturpolitik verstandene Entwicklungspolitik, die sich mit den wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnissen in anderen Weltregionen befasst.“²

Gemäß der Programmatik des UNDP soll sich die Entwicklungspolitik an einem Konzept der „menschlichen Sicherheit“ anstelle von militärischen Sicherheitsparadigmen orientieren. Als Indikatoren für mangelnde „menschliche Sicherheit“ werden dazu die Gefährdung der Ernährungssicherheit, Menschenrechtsverletzungen, ethnisch und religiös motivierte Konflikte, wirtschaftliche und soziale Ungleichheit sowie Militärausgaben angenommen.

Zwei Kernbereiche kennzeichnen das friedens- und entwicklungspolitische Konzept der Bundesregierung: der Abbau struktureller Ursachen gewalttätiger Konflikte und der Aufbau von Mechanismen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung.

¹BMZ Entwurf für ein Rahmenkonzept „Ziviler Friedensdienst“, Bonn 10.5.1999

²Wieczorek-Zeul, Heidmarie: „Sicherheitspolitische Bezüge der Entwicklungspolitik“, Rededer Bundesministerin zur Abschlussveranstaltung des Kernseminars der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Bonn 28. 5.1999

Als bedeutendste Krisenursachen gelten wirtschaftliche und soziale Disparitäten zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Der Armutsbekämpfung, der Förderung von wirtschaftlichem Wachstum, der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Schaffung von internationalen Rahmenbedingungen für eine sozialverträgliche Wirtschaftsentwicklung wird daher ebenso viel sicherheitspolitische Relevanz beigemessen wie weitreichenden Entschuldungsinitiativen und einer ungehinderten Teilnahme an Globalisierungsprozessen. Gerade aus der Mitverantwortung der Industrienationen für das Weltwirtschaftssystem und seine Schwächen leitet das BMZ seinen Auftrag zu einer ressortübergreifenden stringenten und komplexen Sicherheits- und Friedenspolitik ab, die keinen Bereich der internationalen Beziehungen ausklammern darf. „Kohärenz ist ein Leitbegriff, den Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik gemeinsam tragen.“³

Zur Förderung gesellschaftlicher Mechanismen zur gewaltfreien Konfliktlösung zählen für das BMZ alle Maßnahmen, die die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess verbessern. Demokratisierung, Dezentralisierung, Selbstverwaltung und Subsidiarität gelten als die wichtigsten Instrumente für einen friedlichen Interessenausgleich. Aus einem partizipativen System heraus kann sich eine intakte Zivilgesellschaft entwickeln, die eine Grundvoraussetzung für eine gewaltfreie Konfliktkultur bildet. Unabdingbare Voraussetzungen hierfür sind eine unabhängige Justiz, eine rechtsstaatlich funktionierende Verwaltung und die rechtsstaatliche Kontrolle der Sicherheitsorgane. Das BMZ misst Programmen zur Demobilisierung und strukturellen Reform von Armeen eine wichtige Bedeutung bei der Vermeidung von bewaffneten Konflikten bei.

Weiterhin gilt die Regionalintegration von konfliktträchtigen Staaten und Regionen in multilaterale Organisationen und Abkommen als ein weiterer Garant für eine friedenssichernde Entwicklung. Die Mitglieder von Regionalorganisationen wie EU, OAU, IGADD oder ECOWAS sind statistisch sehr viel seltener an bewaffneten Konflikten beteiligt als nichtorganisierte Staaten. Das BMZ-Konzept zur internationalen Konfliktvermeidung unterstützt daher die Integration von Krisenstaaten in regionale Bündnisse.

Als Instrument der internationalen Friedenssicherung sehen die Regierungsverhandlungen 1998 die Gründung eines ZFD vor, der durch die anerkannten Entwicklungsdienste sowie durch NRO implementiert werden soll. Die rot-grüne Regierungskoalition hat schon in den Regierungsverhandlungen im Oktober 1998 festgelegt, dass der internationalen EZ ein stärkeres Gewicht als in der Ära Kohl zukommen solle. Die Diskussion um eine Abschaffung des BMZ zugunsten einer Aufwertung von AA und BMVG wurde (vorerst) beendet, und das

³ebda

BMZ musste als einziges Ministerium keine Mittelkürzung im Rahmen des Haushaltsausgleichs 1998 hinnehmen.

„Um dem international vereinbarten 0,7% Ziel näher zu kommen, wird die Koalition den Abwärtstrend des Entwicklungshaushaltes umkehren und vor allem die Verpflichtungsermächtigungen kontinuierlich maßvoller erhöhen.“⁴

Die Verhinderung und Beendigung gewaltsamer Konflikte wurde als zentrales Ziel der Bundesregierung postuliert. Um diese verstärkte krisenpräventive und konfliktregulierende Aufgabenstellung zu bewältigen, greift das BMZ nun auf Konzepte zurück, die in der öffentlichen Diskussion vor allem der NRO und Friedensinitiative schon seit Ende der 80er Jahre entwickelt wurden. Diese fordern die Entsendung von entsprechend qualifizierten Fachkräften in die Krisengebiete der EL, um zum einen aktiv an der Beendigung gewaltsamer Konflikte mitzuwirken, zum anderen aber auch die friedensfördernde Umgestaltung der traditionellen EZ-Strukturen voranzutreiben. Das BMZ hat die Grundidee der Krisenprävention durch lokal eingesetzte ExpertInnen aufgegriffen und ein Konzept entwickelt, das eine Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Träger des ZFD vorsieht.

Implementierung

Das Rahmenkonzept des BMZ zur Einrichtung eines ZFD sieht vor, dass mit ihm eine „non-violent task force“⁵ gegründet werden sollte, die parallel zu den militärischen Strukturen der Bundesrepublik in Krisenregionen aktiv werden sollte. Unter Verantwortung des BMZ wurde die Aufgaben der Implementierung den sechs anerkannten Entwicklungsdiensten sowie einigen NRO übertragen: Der DED stellt die organisatorische und administrative Struktur für eine Zusammenarbeit mit AGEH, Eirene, DÜ/EED, Weltfriedensdienst und CFI, dem FZFD sowie der AGDF. Die beteiligten Träger stimmen sich im Rahmen eines „Konsortium Ziviler Friedensdienst“ unter Vorsitz des BMZ regelmäßig ab. Der DED übernimmt in Sekretariatsfunktion die Weiterleitung der bereitgestellten Mittel an die beteiligten Organisationen, da er dem BMZ „aufgrund seiner verwaltungsmäßigen Erfahrung als langjähriger und bewährter Personaldienst hier für in besonderer Weise geeignet“⁶ erscheint.

Für die Qualifizierung von Personal bestimmte das BMZ den DED, das FZFD und die AGDF als Träger in gemeinsamer Verantwortung für eine einheitliche Aus- und Fortbildung der zu entsendenden Fachkräfte. Als Grundlage für die Qualifizierungsmaßnahmen gilt das vom

⁴Koalitionsvertrag der Bundesregierung vom 20.10.1998, Kap. XI/11 Entwicklungspolitik, in: www.bundesregierung.de/ordner/dokument/Schwerpunkte/Koalitionsvertrag

⁵Ebert, Theodor: *Opponieren und Regieren mit Gewalt* freien Mitteln, Münster 2001, S. 2

⁶BMZ: Entwurf für ein Rahmenkonzept „Ziviler Friedensdienst“, Bonn 10.5.1999

Aus der Runde der Entwicklungs- und FriedenstheoretikerInnen kam postwendend Kritik an der Konzeption des BMZ, „Der Anspruch ist falsch; der Name ist falsch; die Sache ist falsch“⁸ ließ am prägnantesten Wolf-Dieter Narr verlauten. Es wurde stark bemängelt, dass die Grundidee, die die pazifistische Friedensbewegung der 80er und 90er Jahre zur Konzeption des ZFD motiviert habe, nun im Implementierungsplan völlig verloren gegangen sei. Statt militärische Interventionen mittelfristig teilweise oder gar vollständig durch zivile Formen der Konfliktbearbeitung zu ersetzen, sei der ZFD allenfalls ein Alibi-Projekt, das aber durch seine mangelnden Mittel und durch die unveränderte Wehrdienst-Regelung der Bundeswehr keine strukturverändernde Kraft aufweise. Theodor Ebert warnte vor Tendenzen

„den Zivilen Friedensdienst durch die Vokabel „Ergänzung“ für die Legitimierung der Bundeswehr“ benutzen zu lassen.“ Es gelte, „den Versuch (zu) machen, den Zivilen Friedensdienst so zu etablieren, dass er den bewaffneten Organen zur Konkurrenz werden und siemehr und mehr bei der Konfliktbearbeitung ablösen kann.“⁹

Auswärtiges Amt

Das AA ist vom ZFD in seinem Ressort an sich nicht betroffen. Der ZFD wurde als reines Aufgabengebiet des BMZ angesiedelt, da alle Projektedurch die anerkannten Entwicklungsdienste abgewickelt werden und die Maßnahmen eine komplementäre Ergänzung der herkömmlichen EZ bieten sollen.

Da jedoch in der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung ausdrücklich das Ziel formuliert wurde, übergreifende Instrumente der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung zu schaffen, sieht auch die Leitung des AA sich in der Pflicht, mit dem BMZ in dieser Frage zu kooperieren. Im Sinne einer neuen Kohärenz in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik plant die Bundesregierung einen neuen Zuschnitt der Aufgaben der einzelnen Ministerien:

„Die neue Bundesregierung setzt sich für den Aufbau einer Infrastruktur zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung ein.“¹⁰ „Die neue Bundesregierung wird die Entwicklungspolitik (...) reformieren, weiterentwickeln und effizienter gestalten und die entwicklungspolitische Kohärenz mit anderen Ressorts sicherstellen. Die derzeitige Zersplitterung entwicklungspolitischer Aufgaben der alten Bundesregierung in unterschiedliche Ressorts wird aufgehoben und in (...) BMZ konzentriert.“¹¹

Im AA führen solche Formulierungen zu Sorgen über den Verlust eigener Zuständigkeitsbereiche und Kompetenzen, und statt dessen wird dort ein Modell der kooperativen Politik der

⁸Narr, Wolf-Dieter: „Ziviler“ Friedensdienst – „militärischer“ Friedensdienst. Konkurrierende oder abschließende Gegensätze? In: Wissenschaft und Frieden 3/1997, S.47

⁹Ebert, Theodor 2001, a.a.O., S.299

¹⁰Koalitionsvertrag der Bundesregierung vom 20.10.1998, Kap. XI/50SZE

Krisenprävention und Konfliktbewältigung angestrebt, ohne eigene Ressorts aufzugeben. Der Staatsminister spricht sogar von „Konfliktlösung als Querschnittsaufgabe“ aller relevanten Ministerien.¹² Im Schulterschluss mit dem BMZ und dem BMVg möchte das AA eine Gesamtstrategie für außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitische Instrumente der Konfliktbearbeitung und Krisenprävention entwickeln, in der alle Ressorts bei Bedarf zusammenarbeiten. D.h., das AA erkennt den Bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes und von Querschnittsdenken im Umgang mit Konflikten in den Krisengebieten, möchte aber sicherstellen, dass keine seiner Ressorts hoheiten an das BMZ abgetreten werden müssen.

Ein umfassender Ansatz zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung setzt voraus, dass für alle Phasen der Konfliktenstehung und Eskalation sowie wieder Nachsorge adäquate Instrumente zur Verfügung stehen, die im Bedarfsfall konzentriert eingesetzt werden können, ohne dass es zwischen den einzelnen Ressorts zu Abstimmungsproblemen oder Streit um die Zuständigkeit kommt. Im Falle des „grünen AA“ und des SPD-geführten BMZ und BMVg ist dieses Kooperationsjudo jedoch nicht immer reibungsfrei von stattdessen gegangen. Bisher gab es immer wieder Spannungen, vor allem bei fragender Besetzung von Positionen in Führungsgremien oder bei der Abgrenzung von Zuständigkeiten und Budgetaussstattungen.

Das AA sieht seine Aufgabe vor allem in der Bereitstellung von ExpertInnen für Einsätze im akuten Krisenfall in der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Um die zivile Interventionsfähigkeit in Deutschland zu erhöhen, wird der Aufbau eines ExpertInnenpools forciert, aus dem Fachkräfte für UN- oder OSZE-Missionen ebenso rekrutiert werden sollen wie MitarbeiterInnen für den ZFD. Das AA möchte schwerpunktmäßig, parallel zu der Entsendung von ZFD-Kräften durch das BMZ und NRO, vor allem zivile Einsätze im Rahmen von UN- und OSZE-Maßnahmen in Krisenregionen fördern. Außerdem sollen die klassischen Mittel der Diplomatie, die Verhandlung mit den Partnerländern sowie die Vermittlung im Konfliktfall intensiviert und weiter professionalisiert werden. Ein militärisches Engagement als Ultima Ratio wird jedoch ebenso vertretbare Option im Falle eines eskalierten, gewalttätigen Konfliktes in Kauf genommen.

Neben der direkten Intervention wird ein zweiter Schwerpunkt im Ausbau und in der Vernetzung der Kapazitäten von Frühwarnsystemen für entstehende Krisen definiert. Wissenschaftliche Forschungszentren werden gefördert und die Mechanismen der Informationsbeschaffung und -verarbeitung, bisher die Domäne der Botschaften, sollen optimiert werden.

¹¹ebda., Kap. XI/11 Entwicklungspolitik

¹²Volmer, Ludger: für einen integrativen Ansatz, in: EZ4/1999, S. 100-102

Die anerkannten Entwicklungsdienste

GTZ

Die GTZ hat kein eigenes ZFD-Programm entwickelt. Sie arbeitet jedoch schon seit Jahren intensiv auf dem Gebiet der Katastrophenvorsorge, Krisenprävention, Nothilfe und Nachsorge in Post-Konflikt-Situationen. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf dem Ansatz, reine Nothilfe-Projekte so begrenzt wie möglich einzusetzen, und stattdessen so früh wie möglich eine Phase der „entwicklungsorientierten Nothilfe“ (EON) einzuleiten. Das erleichtert eine nachhaltige Katastrophenbewältigung und reduziert die unnötige Schaffung von Abhängigkeitssyndromen.¹³

Als wichtiges Aufgabengebiet im Bereich Krisenprävention definiert die GTZ die Risikoeinschätzungen für potentielle Krisengebiete. Dabei analysiert sie allerdings vor allem ökonomische und ökologische Konfliktursachen, neben denen die politischen Indikatoren bislang in der Praxis weniger häufig beachtet wurden. Für die Partnerländer oder im Auftrag internationaler Organisationen oder Bündnisse will die GTZ jedoch in Zukunft öfter politische Länder-szenarien entwickeln, um vor sich abzeichnenden Konflikteskalationen früh warnen zu können. Sollten diese Frühwarnsysteme in den Partnerländern eine erhöhte Krisenpotential nachweisen, ist als zweite Handlungsphase die Stärkung lokaler Katastrophenschutzmechanismen vorgesehen. Katastrophenschutzpläne werden erarbeitet, die Managementkapazität der Verantwortlichen vor Ort trainiert. Die Notversorgung der von Erdbeben, Flutkatastrophen, Bürgerkriegen oder Flüchtlingsbewegungen Betroffenen kann damit durch vorausschauende Planung deutlich verbessert werden.

Damit deckt die GTZ also ein sehr umfassendes Spektrum von Einsatzbereichen zwischen politischen Krisen und Naturkatastrophen ab. Für die Entwicklung von Instrumenten zur Krisenprävention im Rahmen der EZ wie im ZFD kann sie nur partiell dort Anregungen bieten, wo sie ihre Arbeit nicht allein im Bereich der Not- und Soforthilfe ansiedelt, sondern auch politische Krisenindikatoren in ihre Frühwarnsysteme integriert.

Im Post-Konflikt-Fall werden von der GTZ Maßnahmen angeboten, die die Selbsthilfekapazitäten in Flüchtlingslagern und deren Umfeld erhöhen oder die Reintegration von Flüchtlingen in ihren Heimatregionen erleichtern. Daneben will die GTZ Minenwarnung und Entminungsprogramme unterstützen und Demobilisierungsprogramme fördern.

Wie auch in ihren anderen Projektfeldern arbeitet die GTZ auf diesem Gebiet oft mit nationalen und internationalen Organisationen zusammen, bzw. unterstützt diese mit entsandten oder einheimischen Experten. Sehr wichtig ist dabei die Kooperationsarbeit mit örtlichen NRO,

aber auch staatlichen Institutionen, die gemeinsame Arbeit mit Organisationen der VN, vor allem mit dem UNHCR, UNICEF und dem UNDP.

DED

Als größter Personalentsender in der deutschen EZ hat der DED ein Profil entwickelt, das ihn von anderen Organisationen deutlich abhebt. Dem DED gehtes weniger um die Vermittlung von Kurzzeitexperten mit Beratungsfunktion auf der Makro- und Meso-Ebene, sondern die EntwicklungshelferInnen des DED engagieren sich in langfristig angelegten Projekten auf Grassroot-Niveau, die sie durch ihre fachlichen Kompetenzen, kaum aber durch finanzielle oder technische Ausstattung bereichern. Aus seiner Tradition der personellen Unterstützung bereits bestehender Projekte heraus, sieht der DED sich zur Zusammenarbeit auf dem neuen Aktionsfeld der friedenssichernden Maßnahmen besonders geeignet, da er über reichhaltige Expertise auf dem Gebiet der personalzentrierten Kooperation verfügt.

Im Rahmen der öffentlichen Diskussion um die Einrichtung eines ZFD unter Leitung des BMZ hat der DED sich unter Betonung seiner langjährigen Erfahrungen in der internationalen EZ um eine Führungsfunktion beim Aufbau der administrativen und personellen Strukturen nach den Vorgaben des BMZ bemüht. Der Entwurf des BMZ-Rahmenkonzepts „Ziviler Friedensdienst“ vom 10.5.1999 sieht für den DED eine Sekretariatsfunktion für die administrative Abwicklung der Finanzen eines ZFD vor. Ein Programm Ausschuss unter Leitung des BMZ entscheidet dann über die Vergabe der Mittel; er wird paritätisch besetzt durch Vertreter von beteiligten Institutionen wie VENRO, DED, AGEH oder dem Forum Ziviler Friedensdienst.

Auf Basis eines eigenständigen Rahmenkonzeptes in Zusammenarbeit mit anderen Personaldiensten sowie Friedensorganisationen, mit denen der DED im „Konsortium Ziviler Friedensdienst“ (KZFD) kooperiert, ist vorgesehen, zielgerichtete Handlungs- und Arbeitsfelder der zivilen Konfliktbearbeitung sowie ein entsprechendes Ausbildungs- und Vorbereitungscurriculum zu entwickeln.¹⁴

Der DED hat sich entschieden, sein aktives Engagement zunächst auf sechs Länder in Afrika und Lateinamerika zu beschränken. In der Pilotphase sollen in diese Partnerländer jeweils mehrere EntwicklungshelferInnen entsandt werden, um zum einen die Arbeitsfähigkeit und Wirksamkeit in diesem neuen Tätigkeitsfeld zu erhöhen und zum anderen auch die Bedeut-

¹³ Mehler, Andreas/Ribaux, Claude: Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Technischen Zusammenarbeit, Wiesbaden 2000, sowie: www.gtz.de, Thema Nothilfe

¹⁴ DED: Antrag des DED an das BMZ zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes vom 26.5.1999

samkeit und Medienwirksamkeit zu intensivieren. Vor
sind Guatemala, Peru, Chile, Ruanda, Simbabwe und d
wicklungsländer, in denen der DED schon über umfang
Außenstruktur und gefestigte Partnerbeziehungen ver
Management und eines sozio-kulturelle Angepasstheit a
ren. Übereine zukünftige Tätigkeit in Krisenregion
Bundesregierung verhandelt werden, sie benötigt auß
Verwaltungsrates. Als weitere mögliche Einsatzorte
und Kambodscha. Seit Programmbeginn Ende 1999 wurde
Kräfte im ZFD in den Partnerländer eingesetzt. ¹⁶

Praktische Erfahrungen im Rahmen friedensfördernder
durch die Entsendung von drei EntwicklungshelferInnen
vor, die dort im Rahmen des UNDP-Vorhabens „Frieden
krisenpräventive und mediative Arbeit leisten. Dies
stätte des DED in Berlin mittels eines eigens konzi
bereitet und in Methoden der Konfliktbearbeitung un
an einem Vorbereitungsmodell gearbeitet, das den au
Pflicht- und Wahlmodulen anbietet, aus denen dann c
dem Einsatz im Gastland zusammengestellt werden.

Im weiteren Umfeld der Friedensarbeit wurden zudem
sendung von EntwicklungshelferInnen als Rechtsberat
Lateinamerika oder Förderungsmaßnahmen für Plantage
nen. Diese Erfahrungen sollen ebenso in die Vorbere
einfließen.

Das Konsortium Ziviler Friedensdienst (KZFD)

Im Konsortium Ziviler Friedensdienst (KZFD) haben s
lungsdienste und das FZFD zusammengeschlossen, um g
vom BMZ dem DED zur Verfügung gestellten Mitteln für
Mitglieder sind die Arbeitsgemeinschaft der Entwick
lungsdienste (AGdD) ¹⁷, die Aktionsgeme
inschaft für den Frieden (AGDF) und das FZFD. Das
bedeutet, dass die Mitglieder der

¹⁵ ebd.

¹⁶ DED in fonet 1/2001, S.5

¹⁷ mit ihren Mitgliedern DED, DÜ, Eirene, WFD, CFI, A GEH

AGdD berechtigt sind, selbst Fachkräfte zu entsenden, während AGDF und FZFD nur indirekter Gestaltung des ZFD in den Partnerländern mitwirken können.

Das Konsortium erarbeitet mit seinen Mitgliedsorganisationen ein Programm zur Verwendung der BMZ-Mittel, die von den anerkannten Entwicklungsdiensten durch die Entsendung von EHD die Förderung von lokalen Projekten vergeben werden können. Das Konsortium hat es sich außerdem zur Aufgabe gemacht, den Mitgliedern des FZFD, die nicht staatlich anerkannte Entsendeorganisationen sind, die Möglichkeit zu eröffnen, ebenfalls aktiv am ZFD mitzuwirken. Ihnen sollen vor allem Kooperationsmöglichkeiten bei der Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften ermöglicht werden. Außerdem könnten sie Dienstleistungen wie Supervision und Informationsvermittlung für bereits entsandte Fachkräfte erbringen und somit auch in das „Geschäft ZFD“ eingebunden werden.¹⁸

NRO

Das Forum Ziviler Friedensdienst (FZFD)

Im Februar 1995 wurde das FZFD als gemeinnütziger Verein mit dem Ziel der „Fortentwicklung und Verwirklichung der Idee eines zivilen Friedensdienstes als staatlich geförderter Dienst von ausgebildeten weiblichen und männlichen Fachkräften in pluralistischer Trägerschaft“¹⁹ gegründet. In der Satzung wurde auch gleich die Programmstruktur des Vereines festgelegt: Das FZFD interpretiert sich als Vereinigung von basisdemokratischen und kirchlichen Initiativen mit pazifistischer Grundhaltung, die auf Grund gemeinsamer ethischer Normen Mechanismen der gewaltfreien Konfliktbewältigung mit den Mitteln der EZ installieren wollen. Mitglieder des FZFD wurden 35 Organisationen, darunter Pax Christi, mehrere protestantische Friedensinitiativen, „Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges“ und ca. 100 Einzelpersonen. Sie forderten gemeinsam die Aufnahme von krisenpräventiven Maßnahmen in den Katalog der staatlichen EZ, weiterhin sollte mit staatlichen Mitteln die Entsendung von Friedensfachleuten durch die Mitglieder des FZFD gefördert werden.

1996 entwickelte das FZFD Module zur Ausbildung für die Fachkräfte des ZFD, die zur Grundlage für das Modellprojekt Nordrhein-Westfalen zur Vorbereitung von Friedensfachkräften für ihre Aufgaben in den Partnerländern wurde. Damit wurde ein wichtiger Schritt getan zur Professionalisierung des ZFD-Konzeptes innerhalb des FZFD. Bislang war die Betonung des freiwilligen Hilfsdienstes auch für jüngere Menschen, evtl. als Ersatz für den Wehrdienst auf Kritik gestoßen, da mangelnde berufliche Qualifikation und soziale Kompe-

¹⁸ KZFD: Gemeinsames Konzept für einen ‚Friedensfachdienst in der Entwicklungszusammenarbeit‘, Berlin 1999

¹⁹ Forum Ziviler Friedensdienst FZFD: Satzung des FZFD, De. V., Aachen 1995

tenzender zu entsendenden Fachkräfte den Wert der
nen ließen.

Beider Überantwortung der Gelder für den ZFD an die
einer quasi-staatlichen Organisation die Verantwort
wurde, das in jahrelanger Diskussionsarbeit durch N
betonte seine Kompetenzen als flexible, sensible, s
Organisation, die, anders als der DED, die Förderun
rem Selbstverständnis verankert habe und diese Aufg
Kanon der herkömmlichen EZ verstehe. ²⁰ Man fühlte sich als Begründer des ZFD-Konzepts
vom BMZ übergegangen und durch den DED übervorteilt.
das KZFD, das Steuerungsgremium zur Verwaltung der
dieser grundlegenden Irritation nichts ändern, stat
ehemaliger DED-Geschäftsführer Willi Erldie angeme
desmitteln.

geplanten Maßnahmen fraglich erschei-

n DED monierte das FZFD, dass damit
ung über ein Instrumentarium übertragen
RO erkämpft worden war. Das FZFD
achkundige, neutrale und ausbaufähige
g friedenserhaltender Maßnahmen in ih-
abe nicht nur als weiteres Element im
Auch die Einbindung des FZFD in
ZFD-Gelder beim DED, konnte an
t dessen forderte Gründungsmitglied und
ssene Ausstattung des FZFD mit Bun-

Kirchliche Organisationen

Seit Jahrzehnten schon haben christliche Organisati
gewaltfreier Konfliktschlichtung in Krisengebieten
pastoralen Aufgaben, die die Kirchen und christlich
men, gehört schon immer die Unterstützung von Minde
rung von Versöhnung nach Konflikten und die Vermitt
gesellschaftlichen Ebenen. Internationale Bedeutung
noniten, der Quäker und der Church of Brethren Bede
onell sowohl theoretisch wie praktisch mit Friedens
So ist es nicht verwunderlich, dass christliche Org
anisationen seit den Zeiten der Friedensbe-
wegung eine Professionalisierung der Friedensarbeit
Finanzierung forderten und damit auch die Diskussio
len brachten. Mitte der 90er Jahre konkretisierten
der Evangelischen Kirche Brandenburg, Pax Christi u
gang Huberein Konzeptpapier zur Diskussion entwick
tionsübergreifende Bundestagsinitiative zur Gründung
tischen Erfahrung der Diakone und christlichen EH f
die Konzeption von Ausbildungsinhalten für Fachkräf

onen Arbeit geleistet, die zur Verbreitung
beigetragen hat. Im Rahmen der sozial-
en Organisationen in den EL wahrneh-
rheiten und Entrechteten, die Förde-
lung zwischen Streitparteien auf fallen
haben vor allem die Initiativen der Men-
utung, das sie sich schon lange professi-
missionen befassen.
auch mit staatlicher Unterstützung und
num die Schaffung eines ZFD ins Rol-
sich diese Vorstellungen, als auf Initiative
nd der Bischöfe Josef Spital und Wolf-
elt wurde, das als Vorlage für die frak-
des ZFD 1994/95 diente. Aus der prak-
lossen später auch viele Anregungen in
teim ZFD ein. Die Evangelische Kirche

Deutschlands (EKD) setzte 1996 die Arbeitsgruppe „Zur Zukunft christlicher Friedensdienste“ ein, die sich mit den praktischen Möglichkeiten der Friedensförderung im Rahmen der diakonischen Arbeit befasste.

Seit 1995 existiert die Kontaktstelle für ökumenische Dienste in Deutschland, die im Rahmen eines sog. „Schalomdiakonats“ Freiwillige für einen befristeten Einsatz in kirchlichen Projekten in Krisengebieten auf der ganzen Welt ausbildet und vor Ort begleitet. Diese Arbeit fällt jedoch nicht zusammen mit der Entsendung von Fachkräften des ZFD durch die christlichen Entsenderorganisationen DÜ oder Eirene, die ihre MitarbeiterInnen nach den Regeln des Entwicklungshelfer-Gesetzes beschäftigen und von den ZDF-Mitteln des BMZ profitieren.

Übersicht über die Akteure im ZFD

Typ	Organisation
staatlich	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ
	Auswärtiges Amt AA
Entsendedienste (Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Dienste AgdD)	Deutscher Entwicklungsdienst DED
	Weltfriedensdienst WFD
	Dienstein Übersee DÜ
	Eirene Internationaler Christlicher Friedensdienst
	Christliche Fachkräfte International CFI
	Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe AGEH
NRO	Forum ZFD
	Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden AGDF
	Plattform ZFD
Kirchliche Organisationen	Pax Christi (katholisch)
	Misereor (katholisch)
	Justitia et Pax (katholisch)

²⁰Erl, Willi: Zwischen Vision und Wirklichkeit – Das ZFD und sein Anspruch, E+Z3/1999